

Zeitschrift: DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen

Herausgeber: Verein DrogenMagazin

Band: 17 (1991)

Heft: 4

Artikel: Zwischen Friedenshoffnungen und Verzweiflung

Autor: Frehner, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischen Friedenshoffnungen und Verzweiflung

Ein halbes Jahr ist es her, seit sich der wohl berühmteste und berüchtigste Drogenboss der Welt mitsamt einer Leibgarde selbst ins Gefängnis brachte: Pablo Escobar, einer der Kokakönige Kolumbiens.

Während das Ausland – unter Federführung der US-amerikanischen Politik und Medien – beinahe einhellig

Empörung markierten, feierten viele Kolumbianer den Schritt Escobars über die Gefängnisschwelle in Envigado als ersten Erfolg zu mehr Frieden.

VON PETER FREHNER

Geht er, oder geht er nicht? Während Monaten kursierten im In- und Ausland die wildesten Gerüchte darüber, ob die vom 84-jährigen Priester Don Rafael Garcia Herrero vermittelte Selbst-Auslieferung des umstrittenen Drogenbosses Pablo Escobar stattfinden und wie hoch der „Preis“ dafür sein würde.

In der Öffentlichkeit bekannt geworden sind vorwiegend zwei Punkte, die die Mafiosis dem plötzlich diskussionsbereiten kolumbianischen Staat abverlangten: Zum einen musste der unter dem

Diktat der USA Ende der 70-er Jahre unterzeichnete Staatsvertrag über die Auslieferung von Drogenhändlern, die den grossen Yankee-Bruder im reichen und süchtigen Norden mit Koks beliefert hatten, vom kolumbianischen Parlament sistiert werden. Zweitens musste der Staat akzeptieren, dass sich der 41-jährige Escobar, der als Sohn eines einfachen Bauern geboren worden war, mit seinen Drogenmilliarden sein eigenes Luxusgefängnis nahe der Drogenmetropole Medellin gleich selbst errichten liess. Das Gebäude am Rande von Envigado, dem Geburts- und wohl auch langjährigen Aufenthaltsort des in der Bevölkerung beliebten Don Pablo, war ursprünglich als Drogenentzugsstation für DrogenkonsumtInnen gedacht.

Escobar hielt Wort: Wenige Stunden nachdem die Verfassungsgebende Versammlung am Mittwoch, den 19. Juni in erster Lesung den entsprechenden Verfassungs-Artikel verabschiedet hatte, der die Auslieferung von gebürtigen Kolumbianern an ausländische Staaten mit grosser Mehrheit (bei einigen Enthaltungen) beschlossen hatte, stellte sich Pablo Escobar den Behörden. Die Gerüchte sind bislang nicht verstummt, dass Escobar nicht wenigen der insgesamt 70 Abgeordneten seine persönliche Stimmempfehlung auf die Rückseite eines 2'500 oder 3'000 Dollar-Checks geschrieben habe - keine Sensation in einem seit Jahrzehnten durch Korruption geplagten Land Lateinamerikas.

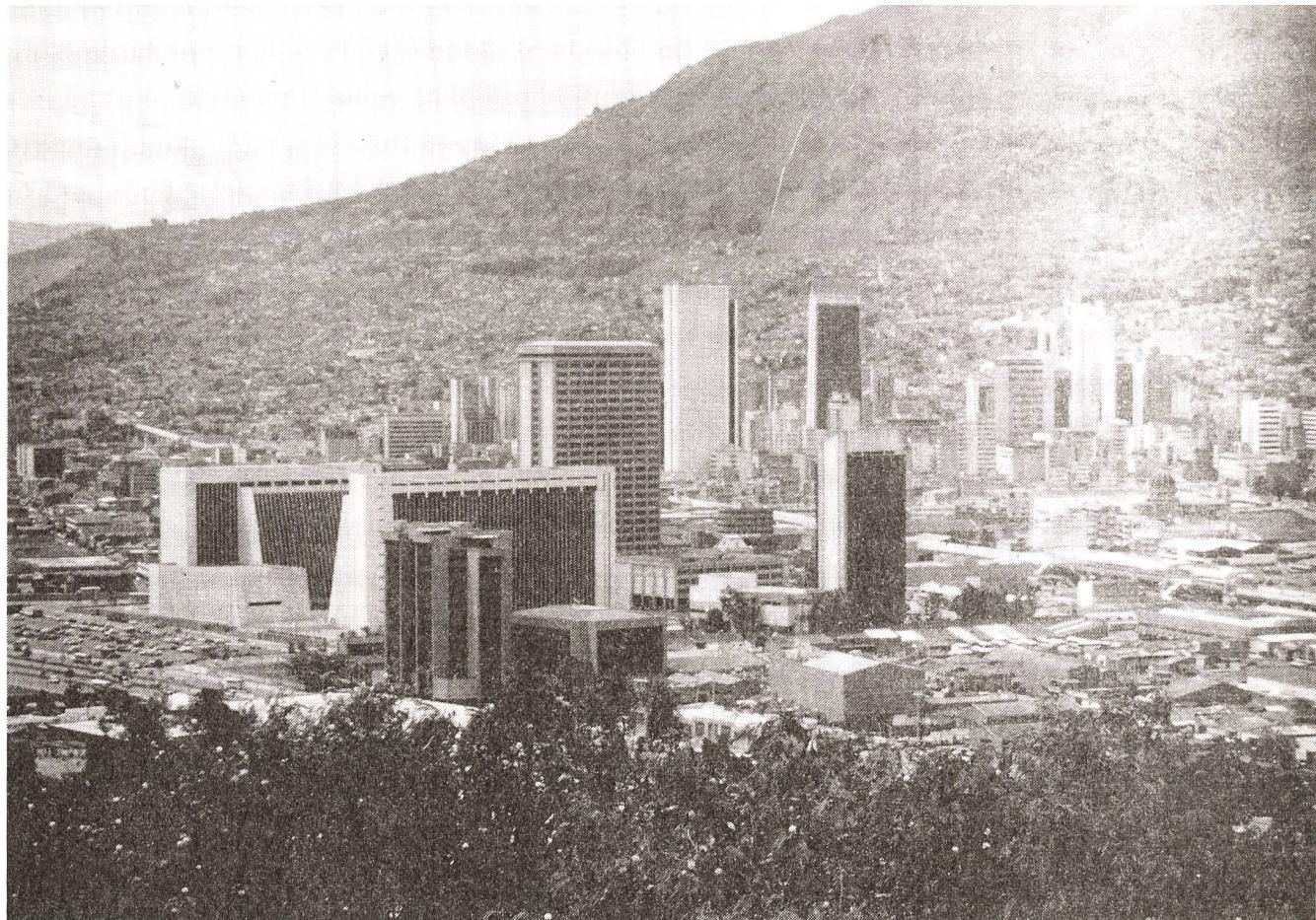
Das Ausland - allen voran die US-amerikanischen Politiker und Medien - reagierte mit einhelliger Empörung auf „den Kuhhandel“ des kolumbianischen Staates mit den Drogen-Verbrechern. Und dies obwohl die Nicht-Auslieferung von BürgerInnen eines souveränen Staates an ausländische Staaten international üblich ist - auch in der Schweiz. Aus kolumbianischer Sicht stellt dieser Akt einen Schritt zur Wiedererlangung der nationalen und juristischen Souveränität dar.

Entwicklungsland trotz Bodenschätzten

Um die Hintergründe dieses Prozess besser begreifen zu können, drängt sich ein Blick in die Geschichte Kolumbiens auf. Trotz reichhaltigen Bodenschätzten und fruchtbaren Ländereien ist Kolumbien ein Entwicklungsland geblieben: Rund drei Prozent der Bevölkerung - die seit Jahrzehnten regierenden etwa 140 Familienclans - besitzen etwa zwei Drittel des kultivierbaren Bodens. Die Bodenfläche ist etwa 30 Mal grösser, als diejenige der Schweiz. 75 Prozent der 30 Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer leben heute in oder an den Rändern der Grossstädte, allein in Bogotá sind es etwa sieben Millionen. Immer grösser werdende Bevölkerungskreise leben unter dem Existenzminimum: Obwohl Kolumbiens Wirtschaft recht stabil und die Arbeitslosenrate für lateinamerikanische Verhältnisse eher tief ist, findet einer von zehn erwerbsfähigen Männern keine und zwei weitere nur sporadisch Arbeit. Etwa 30 Prozent der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft tätig. Nach wie vor sterben jährlich 50'000 Kinder an Unternährung - immerhin 130 pro Tag, fünf jede Stunde!

Trotz zunehmender Industrialisierung blieb die Landwirtschaft wichtigster Devisenbringer Kolumbiens. In den vergangenen Jahrzehnten fielen jedoch die Weltmarktpreise für Kaffee, Kakao, Blumen und Bananen kontinuierlich. So sank auch der Anteil der Einnahmen aus dem Kaffeegeschäft beispielsweise zwischen 1955 und 1986 von 83 auf 53 Prozent.

Dieser dramatische Preiszerfall hat das Ausweichen auf „rentablere“ Agrarprodukte stark begünstigt: Coca statt „Caco“ wurde zum Motto vieler, da von Cacao und Kaffee nur wenige (über-)leben konnten! Während viele einfache Bauern dank dem Coca-Anbau wenigstens vorübergehend ein einigermassen



Medellin / Colombia – Foto: Missionshaus Bethlehem, Immensee

akzeptables Einkommen fanden und finden, machten die Drogenhändler das grosse Geschäft dank der Illegalität der Substanz. In kurzer Zeit verdienten die kolumbianischen Drogenhändler riesige Vermögen und bauten sich damit auch legale Wirtschaftsimperien auf.

„Guerra sucia“ - Mord, die Haupttodesursache bei Männern

Der Aufstieg der Drogenkartelle brachte das überlieferte gesellschaftliche und politische Gefüge der kolumbianischen Gesellschaft völlig durcheinander. Die Vormachtstellung der besitzenden Familien schien plötzlich in Frage gestellt, da die Mafiaclans zu eigentlichen ökonomischen - und später auch militärischen - Supermächten innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft heranwuchsen.

Wie schon in den 50-er Jahren - während der Phase der „violencia“ - wehrten sich einzelne Sektoren der alteingesessenen Familien gegen diese gesellschaftlichen Veränderungen. In einem politischen Pakt hatten sie 1958 die „Nationale Front“ gegründet und die Macht unter sich aufgeteilt: Die Konservativen und die Liberalen einigten sich, abwechselungsweise alle öffentlichen Ämter während den folgenden 16 Jahren im Vier-

Jahres-Rhythmus zu besetzen, inklusive das Amt des Staatspräsidenten. Andere politische Gruppierungen hatten so kaum Möglichkeiten, sich an der Macht zu beteiligen. Notfalls wurden die Auszählungen der Wahlstimmen kurzerhand abgebrochen und der vereinbarte Kandidat eingesetzt, etwa am 19. April 1970.

Der 19. April machte allen Kolumbianerinnen und Kolumbianern ein für alle mal klar, dass die herrschende Schicht niemals ein Wahlergebnis akzeptieren würde, das ihren Interessen zuwider laufen könnte. Auf dieses Datum geht denn auch die Gründung der linksradikalen Guerilla-Organisation „Movimiento 19 de Abril (M-19)“ zurück. Angesichts der riesigen sozialen Spannungen und der Weigerung der Oberschicht Kolumbiens, freiwillig in einen grundlegenden politischen und sozialen Wandel des gesellschaftlichen Systems einzuwilligen, war die Gründung verschiedener - teils konkurrenzender - Guerilla-Bewegungen naheliegend.

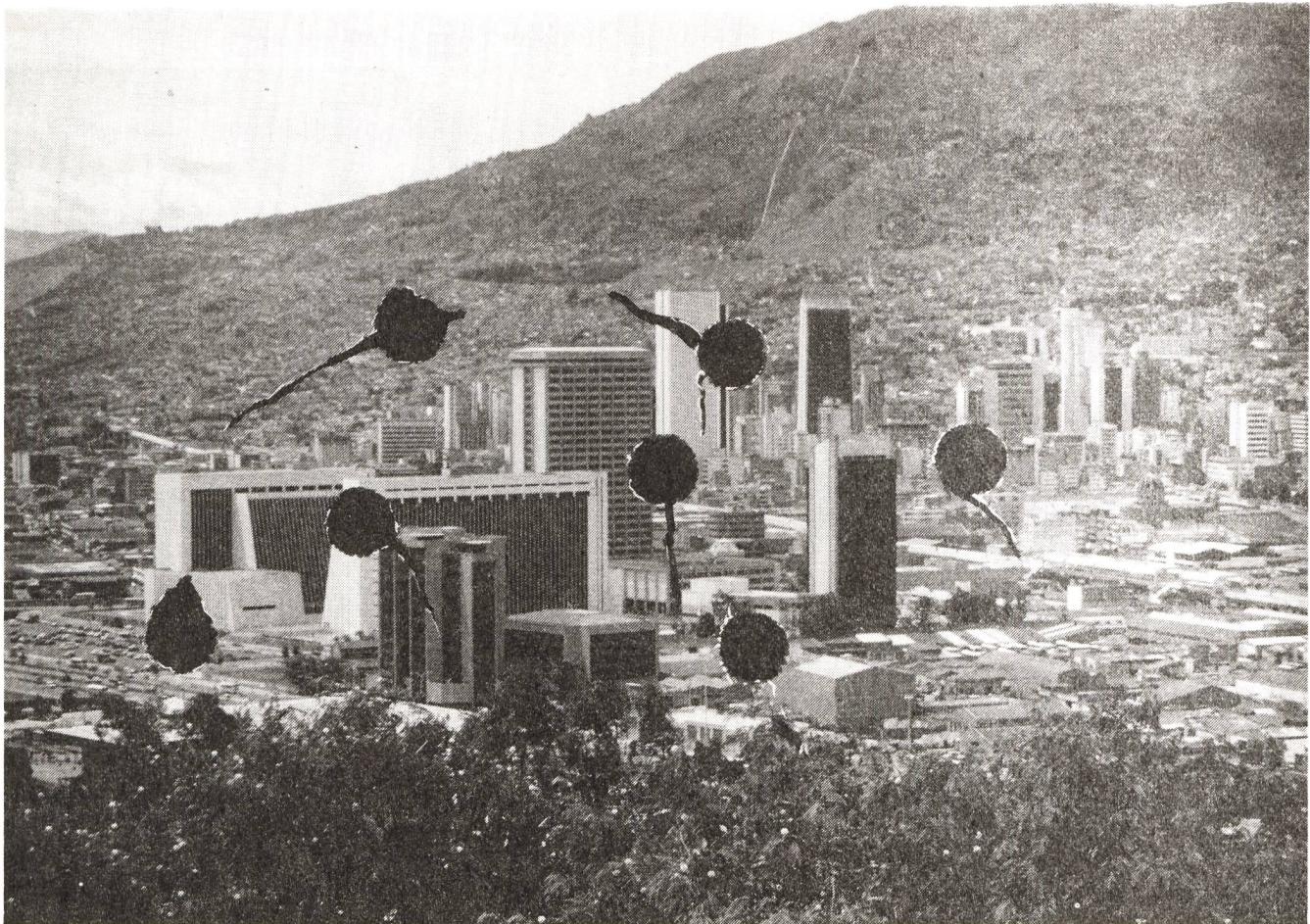
Auf der andern Seite des politischen Spektrums entstanden rund 140 ultrarechte Todesschwadronen, die in enger Zusammenarbeit mit Polizei und Armee die Verteidigung und Aufrechterhaltung der Vormachtstellung der Besitzenden sichern sollte und Jagd auf Gewerkschafter, Bauernführer und Guerilleros machten.

Narco-Terrorismus

Die Narco-Mafia setzte auf andere Strategien: Während sich das Kartell von Cali der Gebrüder Orejuela unauffällig aufs Geschäft konzentrierte und sich durch Investitionen in kolumbianische Unternehmungen in Milliardenhöhe eine indirekte, wirtschaftliche Mitsprache sicherte, forderte das Medellin-Kartell zusätzlich unverhohlen eine Mitbeteiligung an der politischen und gesellschaftlichen Macht und Kontrolle. Zudem wollten die Drogenhändler schon damals sicher gestellt wissen, dass sie nicht an die USA ausgeliefert werden.

Das offizielle Polit-System lehnte jedoch einen solchen Handel ab und setzte auf die repressive Karte. Sie hofften darauf, in Zusammenarbeit mit dem nordamerikanischen Drogenpolizisten die Narcos besiegen und aus dem Land - in die US-amerikanischen Gefängnisse - werfen zu können.

Um dies zu verhindern, versuchten die Drogenbosse den Staat mit einem spektakulären Angebot „zu kaufen“: Sie boten nicht weniger als die Aufgabe ihrer (illegalen) Aktivitäten, die Reinvestition ihres beträchtlichen Vermögens und die Übernahme der kolumbianischen Auslandschulden in der Höhe von 12,5 Milliarden Dollar an. Vergleichbar: Nachdem



diese Gespräche zwischen den Drogen-capos der grossen Kartelle und den nicht offiziellen Unterhändlern der Regierung in Panama scheiterten - unter ihnen Alfonso Lopez Michelsen, immerhin ein früherer Präsident Kolumbiens - eskalierte die Gewalt.

„Lieber ein Grab in Kolumbien, als eine Zelle in den USA“, lautete die Losung der Mafia in den Jahren, während denen sie den Staat mit Gewalt bekämpfte. Auftakt dazu bildete im Frühjahr 1984 die Ermordung des damaligen Justizminister Rodrigo Lara Bonilla - dem Architekten des Auslieferung-Vertrages zwischen Kolumbien und den USA. Die Hardliner um den damaligen Präsidenten Belisario Betancourt Quartas, die auf einen gewaltsamen Sieg in Zusammenarbeit mit den USA gesetzt hatten, kündigten daraufhin den totalen Krieg „ohne Gefängnisse“ an - und bekräftigten die Auslieferungsabsichten an die USA.

Die Narcos waren in der Wahl ihrer Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht zimperlich. Es scheint, dass sie für ihre schmutzige Arbeit auf dem Land zum Teil auch mit der politischen Guerilla zusammengearbeitet haben: Die Guerilla passte auf, kontrollierte und verteidigte die Anbaugebiete und die Drogenmafia besorgte Produktion und Geschäft.

Zudem wurden Arbeitslose aus den Slums der Grossstädte zu Sicarios (Be-

rufs-Killern) ausgebildet, die sich so den Wunsch vom schnellen Geld und einem besseren Leben ein Stück weit realisieren konnten. In teils spektakulären Aktionen massakrierten sie Politiker, Richter und Journalisten, die für mehr Gerechtigkeit, die Auslieferung von Drogenhändlern und die Legalisierung des Anbaus und Handels von Kokain eintraten. Hier scheint auch eine Zusammenarbeit der Narcos mit einzelnen der rund 140 rechtsradikalen Todesschwadronen möglich. Die Anzahl der Ermordeten stieg in den vergangenen Jahren des schmutzigen Krieges („guerra sucia“) auf 5'000 bis 10'000, letztes Jahr sogar auf über 20'000: Verletzte, Verschleppte und Verschwundene nicht miteingerechnet. „Nur“ ein kleiner Teil geht direkt auf das Konto des Medellin-Kartells. Mord wurde in Kolumbien für Männer zwischen 15 und 44 Jahren zur Haupttodesursache.

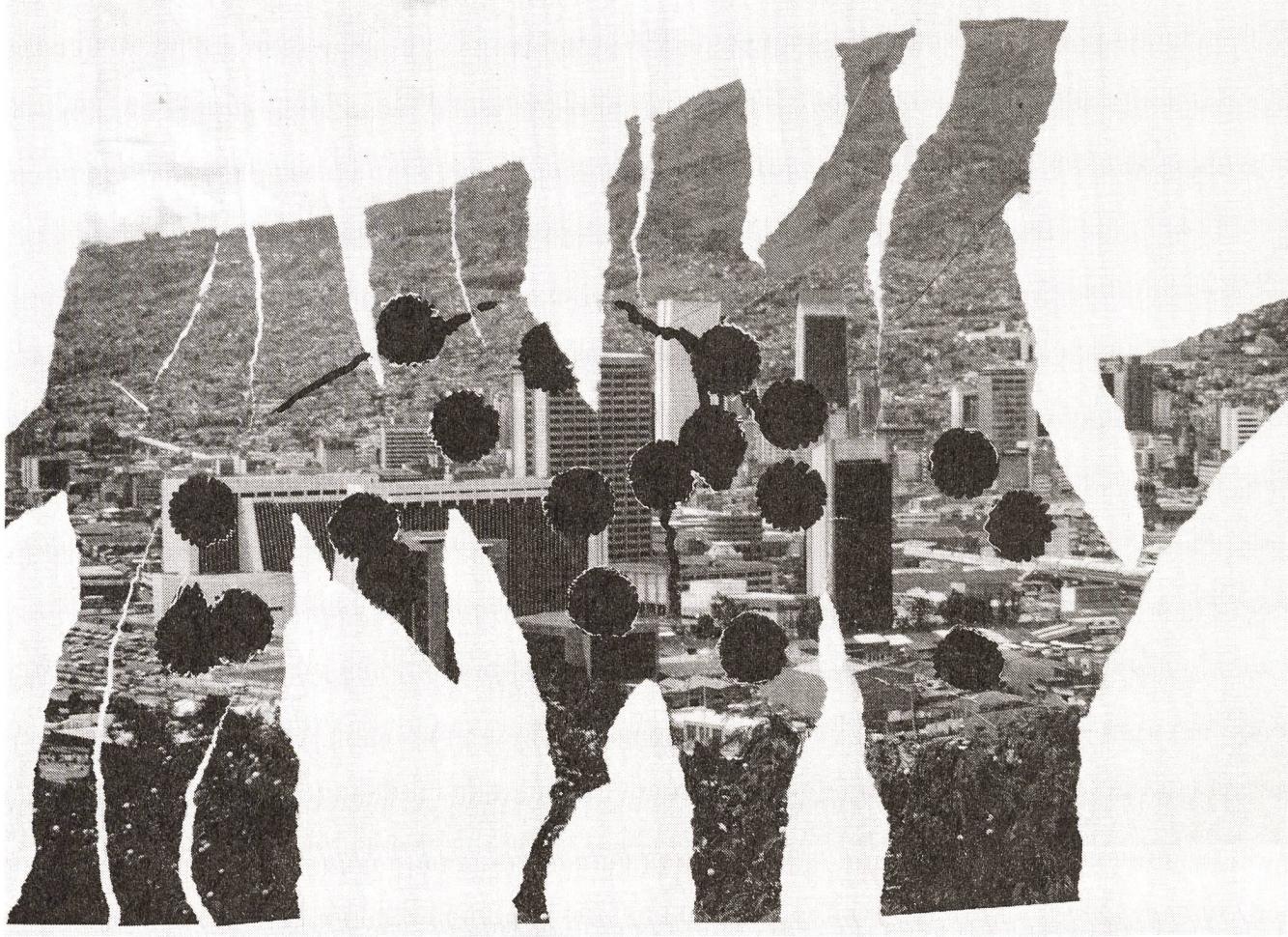
Chancen für den Frieden

Als historische Wende in der Geschichte Kolumbiens könnten die ersten offziellen Gespräche zwischen der M-19 Guerilla und dem Staat in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre bezeichnet werden. Plötzlich schien ein nationaler Versöhnungsprozess und damit ein Ende der linksmo-

tivierten Gewalt - möglich. Voraussetzung dafür, dass die Guerilla ihre Waffen niederlegen würde, war die Bereitschaft der politischen Kräfte, die Guerilla zu den nächsten freien Wahlen zuzulassen und das Abstimmungsresultat des Volkes zum ersten Mal in der Geschichte des Landes zu respektieren. Obwohl der Versöhnungsprozess von verschiedener Seite immer wieder torpediert wurde, gelang es Präsident Virgilio Barco im Januar 1989 das „Movimiento de 19 de abril“ zu einem vorläufigen Waffenstillstand zu bewegen, dem sich noch im gleichen Jahr zwei weitere Gruppen anschlossen. In den Parlaments- und Gemeindewahlen errangen die ehemaligen Guerillacommunisten durchwegs sehr gute Ergebnisse - wenn sie nicht vorher von Todeschwadronen oder Narco-Terroristen umgebracht wurden.

Barco war es auch, der einsah, dass sich die Profitate im grossen Drogengeschäft nicht erschiessen lassen würden und auch mit den Drogenkapos ein Friede geschlossen werden musste: Er bot ihnen Straferleichterungen an für den Fall, dass sie sich stellen würden. Gleichzeitig bedeutete diese Kehrtwendung eine Absage an den grossen „war on drugs“ - den Krieg gegen die Drogen - wie ihn die USA seit Jahren predigen.

Unter dem letzten Jahr zum Präsidenten gewählte Liberalen Cesar Gaviria scheint



nun das „Friedensabkommen“ perfekt geworden zu sein: Während verschiedene Capos in früheren Jahren inhaftiert und an die USA ausgeliefert oder auf der Flucht erschossen wurden, sitzt beinahe die gesamte Führungsspitze des Medellin-Kartells in Envigado ein. Dass damit die Kartelle zerstört und der Handel mit Drogen unterbunden werden könnte, glaubt jedoch auch Gaviria nicht, wie er in einem Interview mit einer amerikanischen Zeitung einräumte. Die Hoffnung vieler Kolumbianer besteht jedoch darin, dass eine Abnahme des Terrors im Alltag spürbar wird. Kurzfristig scheint es sogar zu einem nochmaligen Anstieg der Gewaltkriminalität gekommen zu sein, da viele der jugendlichen Sicarios plötzlich brotlos geworden sind und sie sich zu „gewöhnlichen“ Kriminellen wandeln, wenn ihnen nicht eine legale Arbeitsmöglichkeit geboten werden kann.

Die Verlagerung der Produktion von Kokapaste in die Hauptproduktionsländer Peru und Bolivien ist in vollem Gange. Zudem zeichnet sich ab, dass auch der Schmuggel neue Wege über Paraguay und Brasilien geht. Möglicherweise hat Kolumbien mit der Inhaftierung Escobars einen Schritt hin zur „Verstaatlichung“ der Produktion und des Handels

mit Drogen unternommen und sich auf die Duldung und Integration des Drogengeschäfts in die nationale Wirtschaft besonnen: Sicher scheint, dass der best bewachte Staatsangestellte aus dem Gefängnis heraus seinen - vielleicht sogar heute ausschliesslich legalen - Geschäften nachgehen und die Drogendollars in Kolumbien reinvestieren kann. Auf illegale Geschäfte angewiesen ist er auf jeden Fall nicht mehr!

Escobar scheint damit fürs erste mehr erreicht zu haben, als er sich 1984 erhoffen durfte, als er zwischen einem Grab in der heimatlichen Erde und einer Gefängniszelle in den USA wählen konnte. Beschützt von seinen früheren Häscher ist er künftig auch vor den Anschlägen der andern Drogenkartelle geschützt: Der Gitterzaun und die staatlichen Aufseher wehren so eher „unerwünschte Besucher“ ab, als dass damit ein Ausbruch verhindert werden müsste. Ihm ist so in den nächsten Jährchen ein geruhsames Leben hinter kolumbianischen Gardinen sicher, sofern er nicht schwerwiegender Delikte beschuldigt und überführt werden kann. Wenn doch, wird er sich seine persönliche Situation wohl noch einmal überlegen müssen.

Obwohl jedermann weiß, dass Escobar

für unzählige Morde verantwortlich gemacht werden kann, gehen alle davon aus, dass die Richter im Zweifelsfall zugunsten des Angeklagten entscheiden und allfällige Zeugen frühzeitig verschwinden werden.

Misstrauen im Volk

Dass das Volk der offiziellen Politik und Wahlen eines Parlamentes insbesondere nach wie vor misstraut, zeigt das Abstimmungsergebnis der Parlamentswahlen vom letzten Oktoberwochenende dieses Jahres. Wie schon 1978, dem offiziellen Ende der Wahlvereinbarung zwischen den Liberalen und Konservativen - dem „Frente Nacional“ - weigerte sich die Mehrheit des Volkes, an den Wahlen teilzunehmen: Nur gerade 33 Prozent - ein Prozent mehr als 1978 - der wahlberechtigten Kolumbianerinnen und Kolumbianer gaben ihre Stimme ab. Gewinnerin der Wahlen war die Liberale Partei des regierenden Präsidenten Gaviria, der damit seine Bemühungen für eine friedliche Lösung der Gewalt-Konflikte mit der Guerilla und den Drogencapos bestätigt sieht.

■